

12. Mai 20: Griechenland in der Coronakrise

Unter diesen Bedingungen schlitterte Griechenland in die Coronazeit:

Diagramm Ausgaben für die öffentl. Gesundheitssysteme 2009 -2018,

Diagramm Selbstfinanzierung: Privatisierung der Lebensrisiken 2009 – 2018.

46 % der pharmazeutischen Ausgaben werden in Griechenland von den Patienten selbst gedeckt, gegenüber 16 % in Deutschland und 13 % in Frankreich.

Bisher relativ wenige Corona-Opfer

Bis 10. Mai beklagte Griechenland 151 Corona-Todesopfer und 2.716 Corona-Infektionen. 35 Patienten lagen am 6. Mai auf Intensivstationen.

Als Ende Februar die erste Griechin positiv auf Corona getestet wurde, ließ die Regierung sofort alle Karnevals-Umzüge verbieten. Schon am 8. März, drei Tage vor dem ersten Toten im Land und früher als in anderen Ländern, wurden in Griechenland Schulen und Unis, Restaurants und Cafés geschlossen. Seit dem 22. März war ein Verlassen der Wohnung nur in Ausnahmefällen möglich, welche schriftlich oder über eine zentrale SMS-Nummer dokumentiert werden mussten. So blieb die Zahl der Neu-Infektionen von Anfang an niedrig. Die Kosten für die ärztliche Behandlung von Covid19-Patienten trägt der Staat. Die Griechen müssen in diesem Fall nicht, wie sonst oft üblich, ihre Behandlung teilweise oder ganz aus eigener Tasche bezahlen.

Stillstand

Eine Million ArbeitnehmerInnen, ein Viertel aller Beschäftigten, wurden aufgrund der Coronavirus-Krise suspendiert. Ihre Löhne können aufgrund eines Entscheids des Arbeitsminister für sechs Monaten auf die Hälfte gekürzt werden. 15 % der Firmen stellten ihre Aktivität ganz ein. Zwischen 80 und 90 % aller Hotels und Restaurants machten bis auf Weiteres dicht. Lt. KKE wurden im März etwa 40.000 Menschen entlassen.

Kein Geld mehr

Am 15.4. hatte einer von vier Befragten kein Geld mehr zur Verfügung. 68 % der Bevölkerung lebten vor Corona an oder unter der Armutsgrenze von monatl. 328 € - bei Preisen wie in Deutschland. Schon vor Corona konnten fast 37 % der griechischen Haushalte die Rechnungen nicht bezahlen, während fast 40 % nicht vermochten, ihre gemietete oder im Eigenbesitz befindliche Wohnung zu unterhalten.

Doch – ungewohnt für Griechenland – die Regierung half. Wer aufgrund der Krise die Arbeit verlor, bekam einmalig 800 Euro. Diese Beihilfe erhielten insgesamt 1,7 Millionen, rund 80 % der Beschäftigten im Privatsektor. Zudem gab es noch 400 Euro für 155.000 Langzeitarbeitslose. Auch sagte die Regierung Beschäftigten, deren Arbeitgeber den Betrieb einstellen mussten, eine Minderung der Mietzahlungen für den Erstwohnsitz in Höhe von 40 Prozent zu. Diese Regelung wurde auf Freiberufler*innen und StudentInnen ausgedehnt. Außerdem sollen zwölf Millionen Euro in die kommunalen Kassen fließen, damit hilfsbedürftige Bürger regelmäßig mit Mahlzeiten versorgt werden können. So sollen täglich rund 75.000 Menschen Essen erhalten.

Von den Staatszahlungen profitieren aber nicht die in der Schattenwirtschaft. „Sie sind jedoch viele (hunderttausende Menschen) und werden große Verluste erleiden, da in Griechenland die Schattenwirtschaft eine signifikante Größe ist.“

EU erlaubt Milliarden-Hilfen

Die EU hat die Verpflichtung, einen Primärüberschuss zu erwirtschaften, ausgesetzt. Rund 10 Mrd. Euro brachte die Regierung Mitsotakis für Steuerstundungen, Zuschüsse und Lohnsubventionen auf. 600.000 Unternehmen und 550.000 Selbständige sollen Hilfen bekommen. Mehr als drei Viertel aller Unternehmen können ihre Steuern und Sozialversicherungsbeiträge für vier Monate aussetzen. Tsipras von Syriza kritisierte, dass die Regierung lediglich Maßnahmen in Höhe von einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes beschlossen habe, während diese in anderen EU-Ländern einen Wert von bis zu 20 Prozent erreichten.

Auf Corona-Patienten wenig vorbereitet

Die Bevölkerung befolgte die Beschränkungen diszipliniert. Offensichtlich war sie sich des Ernstes der Lage bewusst. Zu Beginn der Corona-Krise gab es in ganz Griechenland nur 250 Beatmungsgeräte und 870 Betten auf Intensivstationen, das sind 8,3 Betten pro 100 000 Einwohner. Das ist ein Drittel weniger als in Italien, wo auf 100 000 Einwohner 12,5 Intensivbetten kommen. Nach heutiger Meldung (12.5.) stehen jetzt 1.017 Betten auf Intensivstationen zur Verfügung; 840 in öffentlichen Krankenhäusern, 145 in Privatkliniken und 32 in Militärkrankenhäusern. Deutschland hat rund 28.000 derartige Betten. Viele fürchteten, es wäre (in Griechenland nach einem späteren lock-down) schlimmer als in Italien gekommen. "Hätten wir uns um eine Woche verspätet, wäre Griechenland wohl in eine ähnliche Situation wie andere Länder hineingeraten ...", sagte ein Experte.

Zu wenig Personal – und Versprechungen der Regierung

Das Gesundheitsministerium reservierte von den 870 Intensivbetten 247 für Corona-Patienten, angestrebt sind 400 Einheiten. Dafür ist die Aufstockung des Pflegepersonals erforderlich. Obwohl 3000 neue befristete Stellen für Ärzte und Pflegekräfte geschaffen werden sollten, bleibt die Rekrutierung von Personal das größte Problem. Wer im Gesundheitsbereich dazu in der Lage war, ist nach den Kürzungen ausgewandert. Bis zum 5. April waren erst 40 zusätzliche Intensivbetten bereitgestellt und mit dem nötigen Personal ausgestattet worden.

Zudem wird vom Verband der Krankenhausärzte ein großes Defizit an elementarer Schutzkleidung, bis hin zu Handschuhen und Schutzmasken, beklagt. Das Krankenhaus von Rio bei Patras meldete, dass sechs Ärzte infiziert seien. Zu dem Zeitpunkt waren insgesamt 77 Ärzte infiziert, 350 Angehörige des medizinischen Personals standen unter Quarantäne. Im Parlament beklagte Syriza, dass das Gesundheitswesen trotz mehrfacher Ankündigungen nicht mit neuen Ärzten und Personal gestärkt worden sei. Auch die Sozialisten forderten eine „Aufwertung des Gesundheitswesens und Stärkung der Krankenhäuser, nicht nur mit Versprechungen.“

Am 7. und 28. April demonstrierten Ärzte in Athen für bessere Klinikausstattung, mehr Personal und Schutzmaßnahmen sowohl für die PatientInnen als auch für das Personal. Außerdem verlangten sie Corona-Tests für alle PatientInnen sowie für die gesamte Belegschaft

Ärzte auf der Peloponnes forderten zudem die Rückkehr ihrer Kollegen, die aufgrund der Corona-Pandemie versetzt worden waren, auf ihre ehemaligen Posten. Besetzt werden müssten freie Stellen durch zusätzliche Arbeitskräfte.

Das öffentliche griechische Gesundheitssystem ist so stark belastet, dass für medizinisches Personal nur eine Quarantänezeit von 7 Tagen gilt, wenn sie in Verdacht stehen, infiziert zu sein. Virologe Tsiodras begründete dies damit, dass ansonsten das Gesundheitssystem zusammenbrechen würde.

Öffentliche und private Kliniken

Die vielen privaten Krankenhäuser sorgten während der Coronakrise nicht für Entlastung. Privatkliniken schickten Patienten mit Erkältungssymptomen umgehend in ein öffentliches Krankenhaus, in der Regel ohne Corona-Test, den sie nur gegen Barzahlung von 300 € bieten. Der Verband der Klinikärzte forderte die Integration aller privaten Krankenhäuser inklusive ihres Personals in die staatliche Corona-Strategie. Aber die Notfallplanung der Regierung sieht lediglich vor, dass die Intensivstationsbetten im privaten Gesundheitssektor als Kapazitätsreserve beschlagnahmt werden können.

Coronakrise als Testfall für das Gesundheitssystem Die Regelung der ersten Wochen, die Beratung der Bürger*innen allein über die Telefonzentrale des staatlichen Gesundheitsdienstes, erwies sich als problematisch. Denn in den Telefonzentralen befinden sich keine Medizinerinnen, sondern in der Regel eilig angelernete, mit Hilfe eines Algorithmus beratende TelefonistInnen. Diese scheiterten in den Beratungen immer wieder. Zudem häuften sich die Klagen, dass bei Versuchen,

ihren Arzt oder den Gesundheitsdienst zu erreichen, die Leute bis zu Stunden lang in Warteschleifen feststeckten. Es erwies sich als nachteilhaft, dass die Kürzungen im Gesundheitssystem die Versorgung der Bevölkerung mit Hausärzten erheblich eingeschränkt hatten und in weiten Teilen des Landes inzwischen keine Hausärzte mehr zur Verfügung stehen. Denn wer Symptome aufweist, soll von Zuhause aus eigentlich einen Allgemeinarzt kontaktieren.

Die Gesundheitsbehörde ordnete an, dass Bürger*innen mit leichten, verdächtigen Symptomen für 2 Wochen in häusliche Quarantäne sollen. In der Selbstisolation besteht allerdings die Gefahr, den Zeitpunkt zu verpassen, an dem eine stationäre Behandlung erforderlich wird.

Wenige Tests

Getestet werden Kranke mit erträglichen Corona-Symptomen nicht. Nur zögerlich getestet werden, wie sie selbst anprangern, die Angehörigen von erkrankten oder gar verstorbenen PatientInnen. Insgesamt sind bis heute ca. 100.000 Menschen getestet worden - ungefähr 800 pro Tag. Die Opposition kritisiert, dass so die wahre Zahl der Infizierten nicht erfasst werden könne. Auf eine entsprechende Nachfrage antwortete die Lungenfachärztin Anastasia Kotanidou, ein Mitglied der wissenschaftlichen Kommission des Gesundheitsministeriums: „Die (Test-)Zahlen sind symbolisch... und lediglich hinweisgebend, weil wir die genaue Anzahl der Infizierten nicht kennen. Um das herauszufinden, müssten wir ungefähr zehntausend Tests pro Tag durchführen...“

Allgemeine Öffnung – Griechenland „Corona-sicher“

Am 4.5. wurden die Ausgangsbeschränkungen gelockert. Atemschutzmasken und ein Abstand von mindestens eineinhalb Metern wurden obligatorisch. Richter- und Rechtsanwaltsverbände weigerten sich in vielen Landesteilen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie erklärten, dass weder für Ordnung durch die Polizei gesorgt sei, noch gebe es Trennwände zwischen den Angestellten. Juristen in Mittelgriechenland, auf der Peloponnes sowie auf Rhodos und Kreta legten aus Protest kurzfristig die Arbeit nieder. Sie brachten ihre Befürchtung zum Ausdruck, dass sich die Corona-Pandemie durch die Öffnung schneller ausbreiten könne.

Ab Anfang Juni dürfen ganzjährig betriebene Hotels wieder öffnen und Restaurants wieder Gäste bewirten. Ende Juni könnte auch die übrige Hotellerie öffnen. Mitsotakis feierte sich und seine Regierung dafür, Griechenland in ein Corona-sicheres Land verwandelt zu haben. Dahinter stecken nach Ansicht von Oppositionellen knallharte wirtschaftliche Interessen. Die Oppositionsparteien bemängelten im Parlament, dass dies offenbar auch als moralisch zweifelhafte Werbung für das Anlocken von Touristen aus dem Ausland dienen solle.

Folgen der Coronakrise

Der EU-Wirtschaftskommissar vermutet, dass die Wirtschaft in Griechenland 2020 um 9,7 Prozent einbrechen wird. Fast jede fünfte Erwerbsperson werde ohne Job sein. Das Reisegewerbe stand für 30 % der Wirtschaftsleistung. Doch hier ist nun alles auf fast null. Zwei von drei Hotelbesitzern haben Angst vor der Pleite. Der Fremdenverkehr war der Wachstumsmotor nach der Schuldenkrise. Seit 2009 hatte sich die Zahl der ausländischen Touristen auf 31,1 Millionen mehr als verdoppelt. Die größte Gruppe stellten die Deutschen mit über vier Millionen.

Erbe der Finanzkrise: Schuldenberg und Dauer-Wirtschaftskrise

Ende 2019 belief sich der Schuldenstand Griechenlands auf mehr als 320 Milliarden Euro – fast 177 % seines Bruttoinlandsprodukts. Dazu kommt noch das Problem der „notleidenden Kredite“ innerhalb Griechenlands, Mitte 2019 wurden 40 % der Bankkredite nicht mehr bedient. Durch die Coronakrise wächst die Gefahr, dass sich eine neue alles blockierende Schuldenfalle auftut, wie sie das Land bereits nach der Finanzkrise erlebte. Falls kein Schuldenschnitt kommt, wäre Wirtschaftswachstum der einzige Weg, um den neuen Corona-Schuldenberg zu reduzieren oder wenigstens unter Kontrolle zu halten. Doch wie das bei Tourismus null und nach dem jahrelangen Absinken der Investitionen?

Die Brutto-Investitionen in Anlagekapital gingen von 26 % des Bruttonominalprodukts im Jahr 2007 auf 11 % bis 12 % im Jahr 2019 zurück. Der Netto-Kapitalbestand sank von 2010 bis 2016 um 67 Mrd. Euro ab. In Griechenland lagen die jährlichen Investitionen um etwa 15 Milliarden Euro niedriger als im EU-Durchschnitt. Die inländischen Brutto-Guthaben sind zu niedrig, um daraus einen Aufschwung zu finanzieren.

Griechische Not am Kapitalmarkt

Wie dann einen Neustart nach dem Lockdown finanzieren? EU-Hilfen aus dem ESM oder ähnliche Hilfen, die unter der Aufsicht der EU zurückgezahlt werden müssten, will man in Griechenland nach den Troika-Erfahrungen unter fast allen Umständen vermeiden. Der einzige Ausweg, um an Geld für einen Neustart zu kommen, wären kurzfristige Anleihen am Kapitalmarkt. Doch die jüngste Kreditaufnahme Griechenlands mittels einer 7-jährigen Anleihe zeigte, wie schwierig die zukünftige Finanzierung des Landes sein wird. Am 18. März 2020 betrug die Rendite griechischer Anleihen noch 4 % - und dann stürzte ihr Preis ab. Keiner wollte – die Coronakrise vor Augen – noch griechische Staatsanleihen kaufen, sondern alle wollten sie **verkaufen**. Und dies trotz der Zusage der EZB, jetzt wieder – wie vor der Finanzkrise – griechische Anleihen aufzukaufen und sie damit wieder den Anleihen anderer EU-Länder gleichzustellen. Mitsotakis hatte in höchster Not bei Lagarde angerufen, und die EZB hatte schnell beschlossen, griechische Anleihen in Höhe von zwölf Milliarden Euro aufzukaufen. Trotzdem blieb der Verkauf der 7-jährigen Obligationen schwierig.

Alter und neuer Sparkurs als Ausweg?

Als Ausweg wird in Griechenland das verzweifelte Vorhaben angesehen, eine möglich große Finanzreserve zusammenzuhalten und diese den Kapitalmärkten als Sicherheit vorzuweisen. Von den 35 Milliarden Euro, die Syriza bis nach dem Ende der EU-Memoranden zusammengespart hatte, soll die Regierung ein Sicherheitspolster von 25 Mrd. Euro zurückhalten, „damit die Märkte überzeugt werden, Griechenland nach 2020 Geld zu leihen“. Die Konsequenz wäre, dass der Sparkurs im Gesundheitswesen, den sich die Mitsotakis-Regierung vor Corona als Ziel gesetzt hatte, nach dem Ende der Pandemie wieder erneut angesteuert werden würde.

Gemeinsame Schuldenaufnahme gefordert

Die EZB hatte im März zusätzlich entschieden, gekaufte griechische Staatsanleihen als Sicherheit bei Banken zu akzeptieren, was sie während der Schuldenkrise nicht getan hatte. Doch die Hilfe der Zentralbank allein wird nicht ausreichen, um Griechenland Zugang zu Kapital zu verschaffen. Das Land braucht eine gemeinsame Schuldenaufnahme aller EU-Länder, z. B. durch Corona-Bonds. Deutschland und die Mitglieder des nördlichen EU-Hanse-Verbands verweigern diese aber. Sie verweisen auf den Rettungsschirm des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) – für Athen ein Affront. Denn: Gerade um die ESM-Sparauflagen zu erfüllen, mussten griechische Regierungen in den vergangenen Jahren die Krankenhäuser kaputtsparen.

Bei einer Umfrage im April schnitt die Europäische Union, die in Griechenland bisher trotz Schuldenkrise ein relativ hohes Prestige genossen hatte, sehr schlecht ab. Die Vertrauensquote lag bei nur noch 14 %. Vier von zehn Befragten hegten keinerlei Zutrauen in die Union, und der Rest lag irgendwo dazwischen. In Italien maß fast die Hälfte der Befragten der EU-Mitgliedschaft keinen Wert mehr bei.

Kriegsrhetorik gegen Virus, Geflüchtete und Türkei gleichermaßen

Der Pressesprecher des Gesundheitsministeriums ließ verlauten: „Viel ist geschafft, doch der Krieg ist noch nicht gewonnen“. Dieselbe Rhetorik richtet die Regierung gegen die „Flüchtlingsbedrohung“ und gegen die Türkei. Diese Gleichsetzung und dieses Bild - wir zusammen führen einen gemeinsamen Krieg gegen die Bedrohung von außen – haben verfangen, die Regierung genießt in all diesen Politikbereichen große Unterstützung. Zudem hatte Von-der-Leyen versichert, Griechenland sei der Schutzschild Europas gegen die „Flüchtlingsbedrohung“.

Harter Kurs gegen „illegale Invasoren“

So wird der harte Kurs gegen die sogenannten „illegalen Invasoren“ fortgesetzt:

- Am 4.3. kündigte der Migrationsminister an, dass alle Asylsuchenden, die nach dem 1. März die griechische Grenze passiert haben, ohne Einleitung eines Asylverfahrens in ihre Heimat zurückgebracht werden sollen. Gegen die Entscheidung des Regierungsrates für **Auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung** – für Geflüchtete ist das Militär zuständig!!- 30 Tage keine Asylanträge zu bearbeiten, protestierten die Oppositionsparteien und der UN-Flüchtlingskommissar. Und wie ich gerade erfahren habe, blieb es nicht beim Protest: Die EU-Kommission soll lt. Pressemeldung gedroht haben, die Finanzierung der Lager einzustellen, wenn die Flüchtlinge ihrer Rechte dauerhaft beraubt blieben. Zweitens begannen die in Griechenland tätigen Büros der Internationalen Organisation für Migration und der UNHCR am 5. April demonstrativ, ihre Arbeitsstäbe in die Lager zu schicken und die März-Flüchtlinge zu befragen, ob sie Asyl beantragen wollen. Diese Befragung zu unterbinden, hätte einen riesigen Eklat bedeutet. Unter dem doppelten Druck aus Brüssel und seitens der UNHCR musste die Regierung Mitsotakis einknicken und doch das Recht auf einen Asylantrag zugestehen. Allerdings ist wegen der Corona-Maßnahmen auch weiterhin ungeklärt, wann die Flüchtlinge ihre Asylanträge tatsächlich stellen können.
- Am 7. März erfolgte ein weiterer Versuch der Verschärfung. Griechenlands Minister für Migration und Asyl sagte bei TV-SKAI, im März 2020 „... stellen wir Beihilfen und Unterbringung (für Asylberechtigte) ein, weil all dies bezaubernd wirkte, um in unser Land zu kommen und all diese Leistungen auszunutzen“. Er ergänzte: „Bereits 11.200 Personen haben Asyl bekommen und befinden sich in Strukturen. Das wird im März 2020 eingestellt.“ Ob das wirklich so geschehen ist, kann ich nicht sagen.

Ansätze zur Evakuierung der Insellager

Trotz aller Kriegsrethorik ist die griechische Regierung auch Opfer der mangelnden Solidarität der EU-Länder in der Flüchtlingsfrage. Deutschland konnte sich nur dazu durchringen, 50 Jugendliche aufzunehmen, von denen viele sowieso ein Anrecht auf Familienzusammenführung hatten. Die Inselbewohner*innen fühlen sich alleingelassen und sind völlig verbittert, die Rechten nutzen diese Situation zu aggressiven Aktionen. Mehrere Versuche der Regierung, Geflüchtete von den Inseln auf das Festland zu verbringen, stießen auf heftigsten Widerstand. Doch die Angst vor einem Corona-Ausbruch in den überfüllten Lagern ist groß. Mehr als 2380 ältere und vorerkrankte Menschen sollen nun aufs Festland gebracht werden. Seit Juli hatten 18.300 Asylsuchende die Inseln verlassen können.